

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 56/0084/WP18
Federführende Dienststelle: FB 56 - Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung		Datum: 02.08.2021 Verfasser/in: FB 56
Sachstandsbericht zur Entwicklung des sozialen Umfeldes am und rund um den Kaiserplatz; hier: Antrag zur Tagesordnung der Fraktionen CDU und SPD in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 17.05.2021		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
25.08.2021	Bezirksvertretung Aachen-Mitte	Kenntnisnahme
30.09.2021	Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte nimmt den Sachstandsbericht zur Situation rund um den Kaiserplatz der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt den Sachstandsbericht zur Situation rund um den Kaiserplatz der Verwaltung zur Kenntnis.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Die Stelle (1 VZÄ) wird in das Stellenplanverfahren 2022 eingebracht. Eine abschließende Bewertung steht noch aus. Analog zur Koordinationsstelle Bushof werden zudem 15.000 Euro Sachmittel in die Haushaltsberatung aufgenommen. Die finanziellen Auswirkungen eines ausgeweiteten Betreuungsangebots der Suchthilfe sind noch zu prüfen.

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			x

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

<input type="checkbox"/>	vollständig
<input type="checkbox"/>	überwiegend (50% - 99%)
<input type="checkbox"/>	teilweise (1% - 49 %)

nicht

nicht bekannt

Erläuterungen:

Im Sinne des Tagesordnungsantrages wird nachfolgend zum Sachstand am Kaiserplatz und den daraus abgeleiteten Maßnahmen und Vorhaben berichtet.

1. Situationsbeschreibung am Kaiserplatz

Die Problematik in den öffentlichen und halböffentlichen Räumen am Kaiserplatz und in den benachbarten Quartieren (inklusive Promenadenstraße und Bereich Bushof/ St. Peter) hat sich in den vergangenen Monaten nach Einschätzung aller beteiligten Akteure und Anwohner*innen stark zugespitzt, insbesondere im Hinblick auf die Größe und die Art des Konsums der Suchtszene, die Straßenprostitution und die Anzahl der Delikte. Zudem kommt es verstärkt zu Verunreinigungen, Belästigungen und Vandalismus.

Die Corona-Pandemie hat dabei zu einer zusätzlichen Verschärfung der Lage vor Ort geführt. Zurückzuführen ist dies darauf, dass „Rückzugsräume“ in bisherigem Umfang nicht mehr zur Verfügung standen. Gleichzeitig hatten geschlossene Geschäfte und Gastronomie zu einem entsprechenden Rückgang einer normalen Passantenfrequenz geführt. Die Bereiche rund um den Kaiserplatz wurden damit zeitweise zu einsamen, verlassen Zonen, was die Lage zusätzlich verschärft hat. Zudem entfielen durch den zeitweisen Shutdown bisherige Einnahmemöglichkeiten für Suchtkranke. Die dringend notwendige Einrichtung eines Tagesaufenthaltes der Suchthilfe in St. Peter hat zudem einen weiteren Kristallisationsbereich für die Sucht-Problematik entstehen lassen.

Geprägt wird die Situation rund um den Kaiserplatz und in den benachbarten Gebieten durch ca. 80 bis 100 Wohnungslose/ suchtkranke Personen, von denen die meisten unauffällig auftreten und bei denen eine enge Anbindung an die Hilfeinrichtungen der Träger der freien Wohlfahrtspflege besteht. Eine Gruppe fällt jedoch immer wieder durch sichtbar negative Auswirkungen, wie z.B. aggressives Betteln, Dealerei, Straßenprostitution, Verunreinigungen öffentlicher und privater Flächen und Diebstahlsdelikte auf, die für die Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und Passanten zu einer deutlichen Beeinträchtigung der Wohn-, Lebens- und Aufenthaltsqualität führen. In der Folge ist es zu einer Vielzahl an Beschwerden gekommen, die an die Klärungsstelle der Stadt Aachen, die Koordinationsstelle Bushof und den Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration sowie den Fachbereich Sicherheit und Ordnung heran getragen wurden. Eine Verbesserung der Situation vor Ort setzt entsprechend ein schnelles und vielschichtiges Vorgehen mit einem Bündel miteinander verzahnter Maßnahmen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern (soziale Hilfen, medizinische Versorgung, polizei- und ordnungsrechtliche Mittel, infrastrukturelle Maßnahmen etc.) voraus.

2. Handlungsansätze

Die lösungsorientierte Auseinandersetzung mit der Lage am Kaiserplatz bedarf einer interdisziplinären Bearbeitung durch unterschiedlichste Akteur*innen, um den Problemfeldern Sucht, Wohnungslosigkeit, Kriminalität, Prostitution und Gewalt mit der richtigen fachlichen und rechtlichen Expertise zu begegnen. Zugleich gilt es die Handlungsansätze dieser Akteur*innen zu verzahnen mit konkreten Planungsansätzen für die Entwicklung des dortigen Stadtraumes und einer gemeinsamen Maßnahmengestaltung. Diese stärker ganzheitliche Betrachtung des Themenfelds ist auch eine

wichtige Forderung des Gutachtens „Die niedrigschwelligen Soziale Wohnungslosenhilfen der Stadt Aachen – Herausforderungen und Potentiale eines Netzwerks“ von Herrn Dr. Baum (KatHo).

Die Herangehensweisen von Sozialplanung, Quartiersentwicklung, Wohnungslosenhilfe, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Stadt Aachen müssen dabei mit den städteregionalen Vorgehensweisen von Gesundheitsamt und Suchthilfe fokussierter in Einklang gebracht werden. Hinsichtlich einer möglichst schnellen Reaktion auf die Problemlagen am Kaiserplatz hat sich die Stadtverwaltung entschieden für diesen Teilraum eine abgestimmte Vorgehensweise zu erarbeiten. Hierfür hat die die Verwaltung dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie am 06.05.2021 eine Koordinationsstelle für den Bereich Kaiserplatz als zentrale Maßnahme vorgeschlagen, um einen integrierten Lösungsansatz umsetzen zu können. Vorgeschlagen wurde eine Stelle, die die verschiedenen übergeordneten infrastrukturellen und sozialen Prozesse und Themenstränge (Sicherheitsempfinden, Kommunikation, Netzwerkaufbau/-stärkung, Leerstand, Soziales und städtebauliche Entwicklung etc.) zielorientiert abstimmt, weiter entwickelt und für die Anwohner*innen sowie den verschiedenen Akteur*innen aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft als zentrale Ansprechpartner*in für die Belange des Bereichs zur Verfügung steht. Eine Koordinationsstelle kann die Problemlagen vor Ort nicht selbst auflösen, sie kann jedoch Maßnahmen zur Problemlösung initiieren, Akteur*innen koordinieren, Entwicklungen abmildern, transparent machen und zur Wirksamkeit beitragen. Zudem ist sie eine wichtige Kontakt- und Mediationsstelle für die Bevölkerung.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie hat die Verwaltung beauftragt, diese Maßnahme umzusetzen und eine entsprechende Stelle einzurichten.

Die Koordinationsstelle hat dabei folgendes Profil:

- Erarbeitung einer integrierten Lösungsstrategie für den Innenstadtbereich rund um den Kaiserplatz
- Umsetzung und Koordination der Maßnahmen vor Ort
- Lotsenfunktion innerhalb der Verwaltung für die vielfältigen Themenbezüge, Teilnahme an der kleinen Ordnungspartnerschaft
- Ansprache von Eigentümer*innen und Einrichtungen zum Abbau von Missständen
- Ansprechpartner*in für Geschäftsleute, Eigentümer*innen und Anwohner*innen
- Aktivierung der zivilgesellschaftlichen Ressourcen vor Ort (Einzelhandel, Gastronomie, Verbände und Einrichtungen), Netzwerkaufbau und Initiierung von Aktivitäten zur Attraktivitätssteigerung des Quartiers
- Abbau von Angsträumen, Aufwertung vernachlässigter Orte
- Gewinnung von Partner*innen und Initiierung von Projekten zur Imageveränderung
- Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit dem Fachbereich Kommunikation und Stadtmarketing

Zur erfolgreichen Umsetzung soll diese Koordinationsstelle beim Dez. I/ Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung verortet sein und wird in enger Abstimmung mit der Koordinationsstelle Bushof und dem städtischen Citymanagement arbeiten, damit die verschiedenen

Prozesse in der Innenstadt und die Wechselwirkungen zwischen diesen Gebieten erfasst und behandelt werden können (Verdrängung von Gruppen, „Problemverlagerung“ etc.).

Aufgrund der anhaltenden Beschwerden fand am 17. Juni 2021 auf Einladung der Oberbürgermeisterin und unter Teilnahme der Fachbereichsleitungen 56, 32 und 01 sowie dem Gesundheitsamt der StädteRegion Aachen ein Austausch mit den Beschwerdeführer*innen statt. Dabei wurde die Dringlichkeit und Dramatik der Situation noch einmal eindringlich verdeutlicht und bestätigt, wie wichtig es ist, die Stelleneinrichtung und die Umsetzung des Maßnahmenbündels zu forcieren. Nach der Sommerpause soll die Thematik im Rahmen eines Runden Tisches erörtert werden, an dem auch die sozialpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen, das Polizeipräsidium und die Staatsanwaltschaft teilnehmen, um weitergehende Maßnahmen zu beschließen.

Bereits jetzt werden vor dem Hintergrund der Suchtproblematik vor Ort Gespräche mit der Suchthilfe geführt, um die derzeit bestehenden Störungen/ Alltagsirritationen in einem wachsenden Umfeld des Kaiserplatzes durch eine gezielte, aufsuchende Ansprache der Suchtkranken zu reduzieren und geeignete Hilfsangebote zu unterbreiten. Hierzu wird in der Sitzung ein(e) Vertreter*in der Suchthilfe (Caritas) anwesend sein und zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass neben kurzfristigen und schneller wirksamen Maßnahmen konkret für den Kaiserplatz eine gesamtstrategische Perspektive in diesem Themenfeld für den Stadtraum insgesamt unerlässlich ist. Die gemeinsame Arbeit der beiden Koordinationsstellen wird hierzu in Zukunft wichtige Erfahrungswerte liefern und diese in weitere Entwicklungen von Maßnahmen und Vorgehensweisen einspielen können.

Anlage/n:

Antrag zur Tagesordnung vom 17.05.2021



Bezirksvertretung Aachen Mitte

Herrn Bezirksbürgermeister Ferrari
c/o Geschäftsstelle Bezirksvertretung Aachen Mitte
Frau Marlene Willems

Per Mail: Marlene.Willems@mail.aachen.de

SPD-Fraktion
z. Hd. Herrn Patrick Deloie

per Mail: patrick.deloie@gmail.com

Aachen, 17.05.2021

Antrag zur Tagesordnung Bericht über aktuellen Sachstand Problembereich Kaiserplatz

Die SPD- und CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte beantragen, die Verwaltung zu beauftragen, einen Bericht über den aktuellen Sachstand der Bemühungen der Verwaltung und der Koordinierung mit sonstigen Beteiligten im Hinblick auf den Bereich des Stadtbezirks Kaiserplatz zu erstellen und diesen in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vorzustellen.

Es wird für zweckmäßig gehalten, hierzu auch die dort tätigen Streetworker zu befragen und diesen die Gelegenheit zu geben, sich in der Bezirksvertretung Aachen Mitte vorzustellen und zu den genannten Problemstellungen vorzutragen.

Begründung:

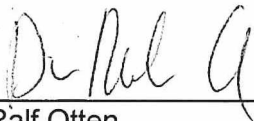
Zwischenzeitlich konnte man der Presse entnehmen, dass für den Bereich des Bushofes die gemeinsame Anlaufstelle ihre Arbeit aufgenommen hat und zahlreiche Gespräche geführt worden seien.

Zwischenzeitlich ist ebenfalls zu beobachten, dass sich Teile der sogenannten Szene wiederum in den Bereich des Kaiserplatzes verlagern, insbesondere ist der Kreuzungsbereich Kaiserplatz, Adalbertsteinweg, Wilhelmstraße hiervon sehr betroffen. Bei Begehungen wurde durch die Fraktionen festgestellt, dass die leerstehenden Objekte in der Adalbertstraße im Eingangsbereich häufig zur Übernachtung von Obdachlosen benutzt werden und dort Drogenverkauf und Konsum stattfindet.

Gleiches gilt für den Bereich um die Einfahrt zum Parkhaus des Kaufhauses. Im Bereich um den Gasborn/Promenadenstraße findet augenscheinlich trotz Verbotes Straßenprostitution statt.

Die positiven Auswirkungen auf den Bushof führen offensichtlich zu einer Verlagerung des Problembereiches wieder hin zum Kaiserplatz. Die Fraktionen der SPD und der CDU in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte **beantragen** daher, dass die Verwaltung bereits jetzt mit einer Untersuchung des status quo beginnt und Möglichkeiten aufzeigt, wie einer Verstärkung der Situation entgegengetreten werden kann und Lösungsmöglichkeiten aufzeigt, wie der derzeitige unerträgliche Zustand zurückgefahren werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ralf Otten
(Fraktionssprecher CDU-Fraktion)



Patrick Deloie
(Fraktionssprecher SPD-Fraktion)